
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

KNELL: KEINE VERSCHÄRFUNG DES WAFFENRECHTS ZU LASTEN DER JÄGERSCHAFT

16.06.2023

- **Bundesjägertag diskutiert in Fulda über Waffengesetz**
- **Jäger dürfen nicht eingeschränkt werden**
- **Länder müssen Kontrollbehörden besser ausstatten**

Wiebke KNELL, jagdpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat anlässlich des heutigen Bundesjägertags in Fulda vor einer Verschärfung des Waffenrechts zu Lasten der Jägerinnen und Jäger gewarnt. „Die Jägerschaft durch eine Verschärfung des Waffenrechts in ihrer Tätigkeit einzuschränken und die Jagtausübung zu erschweren, wäre der falsche Weg. Um Straftaten zu verhindern, braucht es auch kein strengeres Waffengesetz. Das bestehende Gesetz muss richtig durchgesetzt werden“, erklärt Knell mit Bezug auf eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Brauchen wir ein schärferes Waffengesetz?“, die beim Bundesjägertag vor dem Hintergrund einer entsprechenden bundespolitischen Debatte stattfindet.

Dass in jüngster Zeit einzelne Fälle bekannt geworden seien, in denen Extremisten über legalen Waffenbesitz verfügten, sei selbstverständlich besorgniserregend. „Das liegt zum einen daran, dass die örtlichen Waffenbehörden personell und technisch teilweise sehr schlecht ausgestattet sind, so dass sie keine ausreichende Kontrolle der Menschen gewährleisten können, die eine Waffenerlaubnis haben. Zum anderen verfügen die örtlichen Waffenbehörden nicht über die nötigen Erkenntnisse, um Reichsbürger und andere Extremisten zu erkennen und zügig zu handeln. Deshalb sind die Länder in der Pflicht, die Behörden besser auszustatten. Das ist wesentlich zielführender als eine Verschärfung des Waffenrechts und eine Einschränkung der Jägerschaft“, betont Knell.

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de